

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Sonntag, 26. Juni 1927.

Nr. 148.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzzährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (rüh)

Der Christlichsoziale verteidigt den Verrat.

Ueber Mangel an Redseligkeit kann man sonst bei den Christlichsozialen nicht klagen, nur bei dem Schandwerk der Verwaltungsreform zeigt weder ihr Jesuitismus noch ihre Dreistigkeit aus, darum hüllen sie sich gegenüber den auf sie niederprasselnden Anklagen in ein bedrücktes Schweigen. Den Verrat, den sie begehen, durch ein Eingehen auf den Inhalt der Verwaltungsreform zu rechtfertigen versuchen, hieße für sie, sich auf ein gefährliches Glatteis begeben, darum begnügen sie sich meist damit, die von ihnen erzielten „Verbesserungen“ zu rühmen und über die schwarze Gesinnung der deutschen Opposition zu klageln, die es nicht verwinden könne, daß die Regierungsdeutschen von „Erfolg zu immer weiteren Erfolgen“ — nämlich aus dem christlichsozialen Blatte „Das Volk“ zitiert! — schreien.

Nur dem christlichsozialen Abgeordneten Dr. Luschka scheint diese Art der Beweisführung über die Erpresslichkeit der aktivistischen Politik nicht voll zu genügen. Dr. Luschka ist Schlesiener, er und seine Partei haben anfangs gegen die Vernichtung der Selbständigkeit Schlesiens durch die Verwaltungsreform Stellung genommen, dann sind sie umgefallen und nun richtet sich der berechtigte Unmut der schlesischen Bevölkerung gegen seine Partei und besonders gegen seine Person. Den Schlesiern, die sich von den Christlichsozialen verraten sehen, kann man nicht leicht durch allgemeine Phrasen einreden, daß die Christlichsozialen sich um sie ein Verdienst erworben haben, darum versucht Herr Dr. Luschka sozusagen sachmännlich den Entwurf der Verwaltungsreform zu beurteilen, und, wie nicht anders zu erwarten war, kommt er zu der für das gesamte Sudetendeutschtum höchst angenehmen Feststellung, daß an der Verwaltungsreform, dank des Einflusses der deutschen Mitregierer, nicht viel auszusetzen sei, und daß, wer dennoch weiter an ihr Kritik übe, sich — ach, wie häßlich! — zu sehr von Gehässigkeit leiten lasse.

Dr. Luschka trägt also dem Ausdrager einer christlichsozialen Zeitung seine, wie er meint, sehr maßgeblichen Meinungen vor. Das erste, was ihm auf die Lippen kommt, sind freundliche Worte der Anerkennung für die „große und schwere Arbeit“ der deutschen Regierungsparteien. Diese Arbeit haben sie ausschließlich vom „schlesischen Willen und voller Ueberzeugung für unsere Volk geleistet“. Man sieht förmlich, wie die Aktivisten Tag und Nacht angestrengt bemüht sind, das deutsche Volk zu retten und die Verwaltungsreform erscheint dabei als das geeignete Mittel. Dann kehrt Dr. Luschka den „Nachmann“ hervor: die Verwaltungsreform, so wie sie ist, sei unbedingt notwendig gewesen, weil die Bevölkerung eine Vereinfachung, Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung „brauche“. Daß die Gauverfassung diesen Erfordernissen weniger entgegenwäre, dafür bleibt er ebenso den Beweis schuldig, wie auch niemand diese seine Behauptungen nachprüfen kann, denn wie soll jemand errechnen können, ob die Gau- oder die Landesverwaltung billiger zu stehen kommt! Aber der Herr christlichsoziale Abgeordnete dürfte wissen, daß es für eine deutsche Partei vor allem um wichtige geht, als um rein verwaltungstechnische Fragen. Selbst wenn wirklich die Landesverwaltung billiger zu stehen kommt, rechtfertigt dies die Vernichtung der nationalen und lokalen Selbstverwaltung und die Errichtung eines verhängnisvollen Polizeiregimes? Rechtfertigt dies die Zustimmung der deutschen Regierungsparteien zu einem Gesetz, das voller Lügen und Rücken, voller Hinterhältigkeiten und Falschungen ist? Rechtfertigt dies die Gefährdung der Rechtssicherheit der Bevölkerung und die Gefahren, die besonders für die deutsche Bevölkerung durch die Swebka-Cernyische Verwaltungsreform entstehen? Herr Dr. Luschka wird sich in seinem sachmännlichen Eifer hüten, auf die Fragen klar zu antworten. Er behauptet zwar, daß er sich besonders von nationalpolitischen

Eine Köpenickiade in Paris.

Der Royalist Daudet von seinen Anhängern durch List aus dem Gefängnis befreit

Paris, 25. Juni. Der Direktor des Pariser Gefängnisses Sants wurde das Opfer einer von den Royalisten durchgeführten Mystifikation. Er entließ heute nachmittag den royalistischen Führer Leon Daudet gemeinsam mit dem verantwortlichen Redakteur der „Action Francaise“ Delest und dem Generalsekretär der kommunistischen Partei Semard aus dem Gefängnis.

Als die Nachricht von dieser Mystifikation bekannt wurde, wurde der Pariser Präfekt Chiappe rasch ins Justizministerium berufen. In den Räumen der „Action Francaise“ herrschte ungewöhnlich lustige Stimmung, die Redakteure und Anhänger der royalistischen Bewegung feiern das Ereignis mit Champagner.

Ueber die Mystifikation werden folgende Einzelheiten bekannt: Schon seit Wochenfrist sammelten die Royalisten in den Ministerien Informationen über die Formalitäten, die der Entlassung von Gefangenen vorangehen. Die Beschaffung des Materials gelang ihnen leicht und heute schritten etwa 15 Camelots „du roy“ an die Verwirklichung ihres Planes zur Befreiung Leon Daudets.

Gegen Mittag begab sich einer von ihnen ins Ministerium des Innern, während sich elf andere in verschiedenen Kaffeehäusern der Umgebung verteilten und telephonische Verbindung mit dem Ministerium des Innern verlangten, um so sämtliche Telephonlinien dieses Ministeriums zu besetzen. Der Camelot, welcher sich im Innenministerium befand, telephonierte in das Gefängnis Sants und verlangte den Direktor Catry. Es folgte nachstehendes telephonische Gespräch:

„Hier Ministerium des Innern, Unterchef des Kabinetts des Ministers Sarraut; das Kabinet hat heute beschlossen, Daudet, Delest und Semard augenblicklich zu entlassen. Um alle Manifestationen zu begegnen und bevor noch das Gerücht von ihrer Entlassung sich in der Stadt verbreitet, entlassen sie augenblicklich.“

Catry antwortete: Aber warum soll gleichzeitig auch der Sekretär der Kommunisten Semard entlassen werden?

„Das geht Sie nichts an, das ist Sache der Regierung, später werden Sie alles erfahren. Inzwischen tun Sie, was ich Ihnen befehle.“

Direktor Catry hängt ab, hatte aber noch immer zu dem Befehle kein Zutrauen und tele-

phonierte daher neuerlich ins Ministerium des Innern. Alle Telephonlinien waren aber besetzt, außer der einen, mit der er noch verbunden war.

Es entspann sich nun folgendes telephonische Gespräch:

Direktor Catry: Es wurde mir telephoniert, Daudet zu entlassen. Ich möchte eine Bestätigung des Befehls haben.

Wie? erwiderte der Camelot, ich habe Ihnen doch selbst telephoniert! Besellen Sie sich oder werde ich vom Minister davontragen. Die gesamte Presse weiß bereits von der Sache, sie machen uns Unannehmlichkeiten, denn es wird gewiß zu Manifestationen kommen!

Nach dieser Bestätigung begab sich der Direktor Catry sofort in die Zelle Daudets und teilte ihm die Neuigkeit mit. Leon Daudet, der nicht informiert war, war sehr überrascht, weinte Freudentränen und umarmte den Direktor; der Gefangene rief rasch seine Sachen zusammen und der Direktor ging ein Mietautomobil besorgen, worauf sich daselbe in der Zelle Delest wiederholte. Um 13 Uhr bestiegen Daudet und Delest, vom Direktor des Gefängnisses bis zum Tore begleitet das Auto, welches mit größter Geschwindigkeit in der Richtung auf die Stadt fuhr.

Jetzt befindet sich Daudet außerhalb Paris, fügt diesem Berichte der Redakteur der „Action Francaise“ Pujo hinzu, sie mögen sich ihn finden. Die Nachricht, welche sich blitzschnell in der Stadt verbreitete, wird sehr lebhaft kommentiert.

Um 7 Uhr abends trat unter dem Vorsteh des Ministerpräsidenten Poincaré

ein außerordentlicher Kabinettsrat zusammen, der bis um 8.20 Uhr dauerte und beschloß, den Direktor des Gefängnisses von seinem Amte zu entheben und gegen ihn das Disziplinarverfahren einzuleiten. Außerdem ordnete die Regierung an, alle Umstände festzustellen, die zur unberechtigten Freilassung der Gefangenen geführt.

Bei der Freilassung der Gefangenen stieß der Gefängnisdirektor auf den Widerstand des Kanzleidirektors, der mangels gesetzlicher Weisung die Freilassungsdokumente nicht ausstellen wollte. Erst auf Drängen des Gefängnisdirektors und auf seine persönliche Verantwortung hin, stellte er das Dokument aus.

geboren werden kann. Wo gibt es denn eine Sicherheit, daß sich unter der Herrschaft des tschechischen Nationalismus die vielen voraussetzungsvollen „wenns“ in Tatsachen verwandeln? Die Voraussage, alles werde gut gehen, wenn sich die von der Regierung ernannten Kreaturen als „Vertreter der Volksinteressen“ fühlen werden, ist besonders lässlich. Hier wird der „Nachmann“ zum lustigen Fabulierer.

Ein schlechtes Gewissen hat der christlichsoziale Abgeordnete wegen der Zusammenlegung Schlesiens mit Mähren. Es ist ein magerer Trost, den er der schlesischen Bevölkerung spendet, wenn er versichert, seine Partei „wünsche“ ein selbständiges Schlesien. Die Schlesiener werden auch wenig entzückt sein, wenn sie aus dem Munde Luschkas hören, daß der historische und traditionelle Begriff des Landes Schlesien und das — Amtssiegel erhalten bleibe. Eine weniger magerer Trost wäre ihnen wahrscheinlich lieber gewesen. Die Christlichsozialen haben für Schlesien „gekämpft“ und sie haben den „historischen Begriff“ und das Amtssiegel errungen. Das ist genug, um auf ihren Lorbeeren ausruhen zu können. . . .

Zum Schlusse versichert Herr Dr. Luschka, er und die Seinen würden bei dieser Verwaltungsreform nicht stehen bleiben, sondern sie zur ersten Etappe einer weiteren Entwicklung machen, um so „immer mehr“ den Anforderungen des deutschen Volkes zu entsprechen. Wir fürchten, das deutsche Volk werde von dieser einen Probe christlichsozialer Volkstreue genug haben und diesen seinen Freunden zu gelegener Zeit eine Antwort erteilen, die sie der Mühe, weitere „Etappen“ zu erklimmen, gründlich entheben wird!

Reaktion in der Handelspolitik.

Der Handelsvertrag mit Ungarn: Zollherabsetzung nur auf Futtermittel, nicht auf Nahrungsmittel. — Ein geheimes Zusatzabkommen.

In den letzten Monaten hat die Tschechoslowakei vor allem mit drei für unseren Außenhandel besonders wichtigen Nachbarländern Verträge verhandelt: mit Deutschland, Oesterreich, Ungarn. Mit den beiden erstgenannten Ländern sind wir zu einem Abschluß noch nicht gelangt, obzwar aus den beiden deutschen Staaten Europas jährlich Waren im Werte von nahezu 4½ Milliarden Ks eingeführt und für fast 6½ Milliarden Ks tschechoslowakische Waren in Deutschland und Oesterreich abgesetzt werden.

Dagegen ist der Handelsvertrag mit Ungarn zum Abschluß gelangt, ist im ungarischen Abgeordnetenhause angenommen worden und wurde nun auch bei uns dem Parlamente vorgelegt.

Die Tschechoslowakei hat im Jahre 1926 nach Ungarn Waren im Werte von 1227 Millionen Ks ausgeführt und von dort für 1028 Millionen Ks Waren bezogen. Ungarn hat uns vor allem Nahrungsmittel geliefert. Mehr als die Hälfte aller von Ungarn bezogenen Produkte waren Getreide, Mehl und Mahlprodukte (586 Millionen), ein ansehnlicher Teil Fett (140 Millionen). Dagegen hat die Tschechoslowakei nach Ungarn vorwiegend industrielle Rohprodukte und Fertigwaren geliefert: Holz und Kohle für 337 Millionen, Textilwaren für 551 Millionen, Papierwaren für 57 Millionen, Eisenwaren für 42 Millionen, Glas für 38 Millionen, Leder für 23 Millionen, Porzellan für 20 Millionen.

Was haben nun die beiden vertragsschließenden Länder einander gewährt? Es wäre das Natürlichste gewesen, daß die Tschechoslowakei durch Herabsetzung der Zölle auf Nahrungsmittel die Einfuhr von ungarischen Getreide, Mehl, Fett und Vieh erleichtert hätte, wofür dann Ungarn bedeutende Zollrückstellungen für die Ausfuhr tschechoslowakischer Industrieartikel gewährt hätte. Das hätte zu einer Verbesserung der Lebensmittel und zu besserer Beschäftigung der Industrie geführt, was im Interesse der arbeitenden Bevölkerung gewesen wäre. Das ist nun nicht geschehen, und zwar deshalb, weil die landwirtschaftlichen Großbesitzer an hohen Zöllen und hohen Preisen ein großes Interesse haben. So sind also die Zölle auf Nahrungsmittel im Vertrag mit Ungarn dieselben wie in der Zollnovelle des Bürgerblocks von 1926: Korn (bei 100 Kilogramm) 30 Ks, Weizen 38 Ks, Mehl 70 Ks, Kartoffeln 5 Ks, Schweinefett 150 Ks, Ochsen (per Stück) 360 Ks, Ställe 210 Ks usw. Die Unterhändler haben sich da genau an den Art. V der angeführten Zollnovelle gehalten, wonach unter die daselbst genannten Zollsätze nicht heruntergegangen werden darf. Nur bei einer Ware haben sie eine Ausnahme gemacht: beim Mais. Hier ist die Herabsetzung kräftig, und zwar von 22 Ks per 100 Kilogramm auf 6 Ks. Die Nahrungsmittel der Menschen sollen weiterhin so hoch bleiben wie bisher, nur wenn das Viehfutter billiger wird. Die tschechoslowakischen Unterhändler haben auf die Schweine mehr Rücksicht genommen als auf die Menschen, auf die Geldbörsen der Agrarier mehr als auf die Mägen der Proletarierkinder.

Interessant ist nun, wie weit die Rücksicht auf die Schweine bei uns geht. Diese Einzelheit ist schon einer kurzen Betrachtung wert. Die Zollnovelle von 1926 bestimmt, daß bei Mais, der zu Futtermitteln benützt wird, der Zoll bis auf 8 Ks heruntersetzt werden kann. Darüber geht aber der Vertrag mit Ungarn hinaus und setzt den Maissoll mit nur 6 Ks fest. Dieses Vorgehen wäre vollkommen ungesetzlich, wenn nicht in dem erwähnten Gesetz noch eine Bestimmung enthalten wäre, wonach die Regierung „im Falle außerordentlicher Notlage“ ermächtigt ist, gewisse Zölle auf die Dauer von sechs Monaten herabzusetzen oder gar aufzuheben. In der Tat hat die Regierung nun eine Verordnung erlassen, die vor einigen Tagen in Kraft getreten ist und wodurch der Zoll auf Futtermais auf 6 Ks herabgesetzt wird. Freilich kann dies nur für 6 Monate gelten, wogegen doch der Handelsvertrag mit Ungarn jedenfalls länger in Kraft bleiben soll. Aber was tuts, die Regierung wird einfach jedes halbe Jahr eine „außerordentliche Notlage“ — des Viehs verordnen. Daß die Regierung von der Ermächtigung auch bei Weizen, Korn, Mehl, Fett usw. Gebrauch macht, das fällt den Herren Swebka und Scamet, Spina und Mayr-Sarting nicht ein:

